

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Jo Leinen zum 1. Jahrestag
von Tschernobyl: Der Aus-
stieg ist notwendig.

Seite 1

Klaus Wettig MdEP zum An-
sehen der EG bei den Bun-
desbürgern: Kohls europapol-
itischer Scherbenhaufen.

Seite 3

Dokumentation:

Die Sozialdemokratische Ge-
meinschaft für Kommunalpo-
litik in der Bundesrepublik
Deutschland e.V. hat als Bei-
trag für die Grundsatzdiskus-
sion in der SPD das Papier
„Die Modernisierung des Staa-
tes ist geboten - die Kommu-
nalpolitik macht den Anfang!“
erarbeitet, die wir in zwei
Teilen veröffentlichen.

Seite 4

42. Jahrgang / 77

23. April 1987

Der Ausstieg ist notwendig

Zum 1. Jahrestag von Tschernobyl

Von Jo Leinen
Minister für Umwelt des Saarlandes

Wir dürfen nicht, kaum daß die akute Gefahr vorüber ist,
zur Tagesordnung übergehen und so tun, als sei nichts ge-
wesen.

Die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl hat den Mythos
von der technischen Beherrschbarkeit der Atomenergie end-
gültig zerstört. Die Schäden am Ort, die Evakuierung eines
ganzen Landstrichs und die zu erwartenden Tausende von
zusätzlichen Toten sind eine eindringliche Warnung.

Jederzeit kann ein neuer Reaktor hochgehen, 397 sind der-
zeit weltweit installiert, 23 sind im letzten Jahr neu hinzu-
gekommen.

Wie ernst die Lage ist, beweist eine gerade jetzt an die Öffent-
lichkeit gelangte Geheimstudie der Internationalen Atom-
Organisation, in der von zahlreichen Nuklearstörfällen berich-
tet wird, bei denen eine Katastrophe nur um Haaresbreite
vermieden werden konnte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltet von
der Gewerkschaft
Dienstreisepreis



Aus dem Unfall von Tschernobyl müssen endlich auch die energiepolitischen Konsequenzen gezogen werden. Es darf keine neuen AKW's mehr geben, die alten müssen so schnell wie möglich stillgelegt werden. Der Vorrang der Kohle für die bundesdeutsche Energieversorgung muß bekräftigt werden. Alle Möglichkeiten zur Erforschung und Anwendung neuer Energien, Energien aus Sonne, Wind, Wasserstoff, Erdwärme, müssen endlich genutzt werden.

Der Jahrestag von Tschernobyl ist auch Anlaß zu fragen, welche Maßnahmen die Bundesregierung bisher ergriffen hat, um die Tschernobyl-Schäden in unserem Land zu erfassen beziehungsweise um für den Fall einer neuen Atom-Katastrophe besser gerüstet zu sein. Es besteht der Verdacht, daß sie außer ein paar Reden nicht viel vorzuweisen hat und am liebsten Tschernobyl aus dem Gedächtnis streichen würde.

Hat die Bundesregierung eine flächendeckende Katastrophenschutzplanung veranlaßt? Welche Untersuchungen der Strahlenschäden bei Menschen, der Strahlenbelastung bei Lebensmitteln und andere Stoffe hat sie bisher durchgeführt beziehungsweise eingeleitet? Wie hält sie es mit verstrahlten Lebensmitteln?

Kontrolliert sie kontinuierlich ihre Beseitigung, Zwischenlagerung und den Export? Wie lange wird es noch dauern, bis das Meßsystem zur Überwachung der Radioaktivität bundesweit ausgebaut ist? Welche konkreten Maßnahmen zur Überwachung der bestehenden KKW's und kerntechnischen Anlagen hat sie bisher getroffen?

Tschernobyl ist schließlich eine ständige Mahnung speziell auch für alle Bewohner des Saarlandes, im Widerstand gegen das KKW Cattenom nicht nachzulassen.

Der GAU in der Sowjetunion hat demonstriert, was auch uns blüht, wenn es im Atomgiganten Cattenom zur Katastrophe kommt: eine unübersehbare Anzahl von Toten, ein unbewohnbar gewordenes Land.

Es ist unsere Pflicht darum zu kämpfen, daß uns dies erspart bleibt und daß unser Land auch für die nachfolgenden Generationen noch bewohnbar ist.

(-/23.4.1987/rs/ks)

* * *

Europapolitischer Scherbenhaufen

Unter Bundeskanzler Kohl leidet das Ansehen der EG bei den Deutschen

Von Klaus Wettig MdEP

Wir haben immer wieder davor gewarnt, daß die Bundesregierung die deutschen Interessen durch eine falsche Europapolitik in Brüssel gefährdet. Wir haben auch davor gewarnt, daß die Regierung Kohl die Gefahren nicht richtig einschätzt; die sie damit heraufbeschwört, daß sie ständig und wahrheitswidrig erklärt, die Europäische Gemeinschaft gefährde den deutschen Fortschrittsweg. Es helfe nur noch der nationale Alleingang - sei es nun in der Landwirtschaft, im Umwelt- oder Verbraucherschutz.

Die Quittung kam nun ausgerechnet aus München. Report legte erschreckende Zahlen vor: Immerhin 41 Prozent unserer Landsleute haben nach der von Infas bei 1.500 Bundesbürgern repräsentativ erhobenen Befragung noch ein „mittleres“ Interesse an Europa - aber nur 23 sind stark oder sehr stark daran interessiert; dagegen 31 wenig bis gar nicht.

Alarmieren müßte den Kanzler, daß nur elf Prozent meinen, die EG bringe der Bundesrepublik eher Vorteile; 36 von 100 Befragten glauben eher an Nachteile und gerade 30 halten das Verhältnis zwischen Vor- und Nachteilen für ausgewogen.

Nicht weniger zufriedenstellen können die Antworten, auf die Frage, ob sich die Bundesregierung in der Agrar- oder Montanpolitik durchsetze, wenn diese Fragen in Brüssel verhandelt werden. Immerhin die Hälfte meint „teilweise“, ein Viertel sagt „überhaupt nicht“ und drei Prozent glauben „voll und ganz“.

Eher pessimistisch sind die Bundesbürger auch gegenüber dem Einigungswerk Europas: Gerade 29 Prozent sehen beträchtliche oder doch einige Fortschritte; aber über 40 Prozent geringe Fortschritte, ja acht Prozent sogar beträchtliche Rückschritte.

Daß die Bundesbürger im Ergebnis dann zu 50 Prozent eine Reform der EG für notwendig halten, mag ja einige beruhigen. Nachdenklich sollte aber stimmen, daß 18 Prozent sie für nicht dringlich erachten und sieben sogar für überflüssig. Und schlimmer jeder vierte hat offenbar resigniert: ohne Meinung.

Diese Umfrage ist das Ergebnis einer konsequent antieuropäischen Politik der Regierung Kohl. Mit einem unnötigen Anheizen politischer Konflikte, einer katastrophalen Personalpolitik und einem falschen Setzen der Akzente hat die Bundesregierung in der praktischen Politik - im Gegensatz zu den Sonn- und Feiertagsdeklarationen - die Europapolitik in den Augen der deutschen Öffentlichkeit in Mißkredit gebracht. Der Enkel Adenauers hat 30 Jahre nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft das Erbe verkommen lassen.

Manchmal fragt man sich, ob der Bundeskanzler, sein Außenminister und der Rest der Firma überhaupt die Reden kennen, die sie wie Beschwörungsformeln von sich geben. Sonst müßten sie wirklich wissen, daß die Bundesrepublik auf die Europäische Gemeinschaft und die Entwicklung des Binnenmarktes angewiesen ist. Gegenwärtig hat man den Eindruck, als bereite die Bundesregierung psychologisch den Austritt aus der EG vor.

Die Zahl der von der EG abhängigen Arbeitsplätze wächst in der Bundesrepublik von Tag zu Tag. Die deutsche Handelskammer für Spanien hat das in diesen Tagen erst in einer aktuellen Statistik deutlich gemacht. Danach haben die Exporte der Bundesrepublik nach Spanien 1986, einem „Jahr der Rekorde“ so die Kammer, um 37,4 Prozent zugenommen. Die Summe der Direktinvestitionen hat sich vervierfacht.

Das sind Zahlen, die für sich sprechen. Sie stehen quer zu dem Meinungsbild, das die Bundesregierung hierzulande gezielt gegen die EG aufbaut.

Bonn muß wissen: Wie man in den Wald ruft, so schallt es heraus. Im Januar 1988 übernimmt sie die EG-Präsidentschaft. Es könnte der traurigste Abschnitt der EG-Geschichte werden: Viel Kohl-Geschwafel, wenig Substanz, viel Resignation, wenig Fortschritt. (-/23.4.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION

Bundes-SGK: Modernisierung des Staates im Kommunalbereich beginnen (Teil I)

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. hat als Beitrag für die Grundsatzdiskussion in der SPD das Papier „Die Modernisierung des Staates ist geboten - die Kommunalpolitik macht den Anfang!“ erarbeitet. Peter Klein, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Bundes-SGK, faßt in dem nachfolgend dokumentierten Papier einen mehrjährigen Diskussionsprozeß zusammen, der in konkrete Vorschläge und Forderungen mündet.

I. Vorab

Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz: auch im sozialdemokratischen Denken und Handeln werden die Kommunen für das Wohl und Wehe der Menschen haftbar gemacht. Und dies, ohne die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene zu verbessern. Sei es im Sinne einer Stärkung der Eigenverantwortlichkeit oder sei es im Sinne einer strukturell und damit auch quantitativ besseren Finanzausstattung.

Hier muß umgedacht werden. Die Grundsatzdebatte der SPD bietet hierzu eine Chance.

Damit kein falscher Eindruck entsteht: auch die Kommunalpolitik muß über sich selbst und ihre Schwächen nachdenken. Eben deshalb wollen sozialdemokratische Kommunalpolitiker radikal umdenken. Hier gilt es, die Frage zu stellen: Ist der vom Volk gewählte kommunale Repräsentant wirklich noch derjenige, der über die Geschicke seiner Gemeinde und der Menschen in dieser Gemeinde entscheidet? Und: Sind die beiden mächtigen Faktoren Staat und Wirtschaft nicht um ein Vielfaches einflußreicher? Oder sind gar die Verwaltungshierarchien der Kommunen, der Länder und des Bundes entscheidender als der demokratisch gewählte Ratsvertreter? Bedeutet nicht allein die „Überfremdung“ der Parteien und Parlamente durch Angehörige des öffentlichen Dienstes das Ende tatsächlicher Interessenvertretung der Bürger?

Es gibt also Gründe genug, aus der Kommunalpolitik heraus selber nach Erneuerungsmöglichkeiten des Staates zu suchen. Im Nachfolgenden wird versucht, Hinweise dafür zu geben, wie die kommunale Handlungsfähigkeit verbessert werden muß.

Grundidee ist, daß die Kommunalpolitik nicht das Hilfsinstrument von Staat, Wirtschaft und politischen Parteien bleibt. Vielmehr muß sie - mit Unterstützung des Gesetzgebers - aus sich heraus so modernisiert werden, daß sie die eigenen Defizite ausgleichen kann. Wenn dann in der Folge auch die anderen staatlichen Ebenen radikale Reformen an sich selbst vornehmen, um so besser. Allerdings: Privatisierung öffentlichen Eigentums sind keine hilfreichen Rezepte. Die Kommunalpolitiker müssen von ihrer Klagemauer wegtreten und darauf drängen, daß ihre Handlungsmöglichkeiten nicht durch Worte, sondern durch konkrete und gewichtige Veränderungen der Rahmenbedingungen wieder hergestellt werden.

Unsere im nachfolgenden gemachten Vorschläge, die in ausführlichen, zwei Jahre währenden Diskussionen mit Praktikern und Theoretikern entstanden, sollen die Diskussionen anschieben. Wir zielen auf die SPD, aber nicht nur auf sie. Die Kommunalpolitiker aller Parteien sind sich in konkreten Fragen oft einiger als die Politiker einer Partei, die auf verschiedenen Ebenen Verantwortung tragen.

Das neue Grundsatzprogramm der SPD wird nicht für die SPD, sondern für die ganze Gesellschaft als Entwurf geschrieben. Deswegen stellen wir die Fragen der Modernisierung des Staates in der Mittelpunkt unserer Überlegungen. Die Kommunalpolitik muß den Anfang machen. Im Entwurf des Grundsatzprogramms von Irsee werden diese Fragen kaum oder gar nicht gestellt.

". Zur politischen Bedeutung der kommunalen Ebene

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel unseres Staates schlägt sich am deutlichsten in den Städten und Gemeinden nieder. Durch eine auch innerhalb der SPD propagierten „Erneuerung der Politik von unten“ wird die kommunale Ebene zumindest verbal aufgewertet. Ursache hierfür ist



unter anderem die Veränderung der Parteienlandschaft seit Mitte der 70er Jahre. Die durch alternative politische Gruppierungen und Initiativen geförderten politischen Auseinandersetzungen bewirkten eine Umorientierung auch der anderen Parteien. Es wird inzwischen wieder stärker auf die entscheidende Problemnähe lokaler und kommunaler Politik hingewiesen.

Schlagworte wie „Unregierbarkeit“, „Politikverflechtung“, „Verrechtlichung“ und „Bürokratisierung“ sind Ausdruck der zunehmenden Schwierigkeit der Verwaltungen, existierende und neue Probleme aufzunehmen und zu lösen. Der Vorwurf des schwerfälligen bürokratischen Verhaltens trifft in erster Linie den kommunalpolitischen Alltag, obwohl er nicht allein dafür ursächlich ist.

Das Unbehagen an der Verwaltung läßt sich auch auf die Komplexität der öffentlichen Leistungen zurückführen. Diese Komplexität wiederum ist eine Reaktion auf die steigenden gesellschaftlichen Ansprüche.

Der ökonomische und sozio-kulturelle Strukturwandel stellt staatliche wie kommunale Institutionen vor die Notwendigkeit, ihre Aufgaben zu verändern. Zu diesem Wandel gehören insbesondere

- veränderte Anforderungen an die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen und an das Angebot öffentlicher Infrastrukturen durch die absehbare Bevölkerungsentwicklung (Bevölkerungsabnahme, veränderter Altersaufbau),
- die aufgrund veränderten Nachfrageverhaltens (zum Beispiel mehr Dienstleistungen) und technologischer Entwicklungsschübe notwendigen Anpassungsleistungen der Wirtschaftsstruktur, die unter anderem zur Umorientierung kommunaler Wirtschaftsförderung führen müssen,
- die sich aus diesen Prozessen ergebenden Konsequenzen für die soziale Sicherung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen,
- schließlich veränderte Werthaltungen und Orientierungen, die der Kultur, dem Städtebau und der Umweltpolitik zu einem Bedeutungsgewinn verhelfen.

III. Einschränkung des kommunalen Handlungsspielraumes

Der Handlungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltung wird zunehmend kleiner. Durch den Bedeutungsverlust eigener Steuerquellen zugunsten von Gemeinschaftssteuern, von Schlüsselzuweisungen und Mischfinanzierungen werden den Kommunen die Finanzmittel weitgehend entzogen.

Durch zunehmende Verrechtlichung, bürokratische Auflagen und Kontrollen (vor allem im Zusammenhang mit Zweckzuweisungen) werden die Kompetenzen der Kommunen drastisch reduziert. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben wandelten sich, auch im Verständnis der Bürger, zu Pflichtaufgaben, ohne eine entsprechende Ausweitung des finanziellen Handlungsspielraumes. Auch für die durch zunehmende Übertragung staatlicher Pflichtaufgaben entstehenden Kosten erhalten die Kommunen bisher keine verbesserte Finanzausstattung. Die kommunale Selbstverwaltung wird fast vollständig in den Dienst staatspolitischer Zwecke gestellt. Sie ist örtliche Exekutive des Staates und erfährt eine permanente Aushöhlung ihrer verfassungsrechtlichen Autonomie.

Die Wachstums- und Beschäftigungskrise wirkte sich in den letzten Jahren in doppelter Hinsicht negativ auf die finanzielle Lage der Kommunen aus. Zum einen führte diese Entwicklung zu einer Stagnation der kommunalen Einnahmen, zum anderen zu einer deutlichen Steigerung der Ausgaben, insbesondere für Leistungen zur sozialen Absicherung der Arbeitslosen.

Die Kommunen mußten in den letzten Jahren - zur Vermeidung eines weiteren Anstiegs ihrer Schulden - ihre Haushalte konsolidieren. Die Folge: Steuern, Gebühren und Abgaben wurden erhöht, freiwillige Leistungen eingeschränkt und der Personalbestand reduziert. Allerdings sind die Haushaltskonsolidierungen - insbesondere in strukturschwachen Städten - Scheinkonsolidierungen gewesen. Die Schaffung ausgeglichener Haushalte ging einher mit einer dramatischen Rücknahme kommunaler und damit arbeitsplatzwirksamer Investitionen. Außerdem schränkte eine restriktive Haushaltspolitik kommunale Dienstleistungen beträchtlich ein.



Diese fehlende Investitionstätigkeit wirkte sich auch auf die Wohn- und Lebensqualität in den Städten und Gemeinden aus. Die hohe Qualität vorhandener Infrastruktur wird durch ausbleibende Modernisierungs-, Instandsetzungs- und Ersatzinvestitionen bedroht. An Neuinvestitionen in Bereichen wie der Ver- und Entsorgung, dem öffentlichen Personennahverkehr oder dem Umweltschutz ist nicht zu denken.

Die prognostizierte künftige wirtschaftliche Entwicklung und die voraussehbaren demographischen Veränderungen (zum Beispiel Rückgang der Bevölkerung) lassen ebenso wie die Haushaltskonsolidierungspolitik des Bundes und der Länder keine Ausweitung der kommunalen Haushalte erwarten.

Das falsch interpretierte raumordnerische und regionalpolitische Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu schaffen, führt dazu, daß zentral einheitliche Vorgaben und Regelungen für viele Bereiche formuliert werden und die Kommunen lediglich zur Gesetzesdurchführung innerhalb enger Ermessensspielräume verpflichtet sind. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik muß an den von den räumlichen Strukturen vorgegebenen Lebenschancen und -interessen ansetzen und darf nicht zwischen Dorf und Stadt nivellierend wirken.

Die interkommunale Konkurrenz schwächt den kommunalen Handlungsspielraum gegenüber Bund und Land.

Sogenannte „Fachbruderschaften“ zwischen den einzelnen Ebenen des föderalen Systems stärken die Politikverflechtung und höhlen die kommunale Autonomie weiter aus.

IV. Das kommunale Ehrenamt in der Krise

Das ehrenamtliche kommunale Engagement steckt in einer tiefen Krise. Gemeinde-, Stadträte und Kreistagsabgeordnete können ihren politischen Gestaltungswillen nur noch mühselig durchsetzen. Sichtbares Zeichen ist hierfür unter anderem der sinkende Anteil der Fraktionsinitiativen auf den Tagesordnungen der Ratssitzungen der Großstädte und die gleichzeitig zunehmende Zahl der Verwaltungsvorlagen. Gleichzeitig sind die kommunalen Mandatsträger einer direkteren „Kontrolle“ ihrer Wähler unterstellt als Vertreter in anderen Parlamenten. Denn der Bürger kann seinen Stadtverordneten leichter ansprechen als zum Beispiel einen Bundestagsabgeordneten. Private, vor allem größere Investitionsentscheidungen der Wirtschaft, beeinflussen die Kommunen in ihrem Handeln weitaus stärker als alle anderen politischen Aktivitäten der gewählten Gebietskörperschaften. Die Steuerbarkeit kommunaler Entwicklungen gegen Wirtschaftsinteressen, die allzuoft nicht mehr mit den Lebensinteressen einer Stadt oder Region übereinstimmen, ist in der Praxis meistens Wunsch, nicht Wirklichkeit.

Die derzeitigen Bedingungen des kommunalen Ehrenamtes tragen zur Entpolitisierung der Arbeit in Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamenten bei.

Die zur Zeit herrschenden Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Tätigkeit behindern eine effiziente Kontrolle der Kommunalverwaltung. Die Fülle der zu verarbeitenden Informationen bei knappem Zeitbudget führen zwangsläufig beim ehrenamtlichen Kommunalpolitiker zur Spezialisierung. Hierdurch wird allerdings der mangelnde politische Gestaltungsspielraum der Mandatsträger überdeckt. Spezialisierung wird zum Ersatz für gestaltende Politik.

Zur Spezialisierung beigetragen hat die Vielzahl von Ausschüssen und Ämtern in den Kommunen. Sie haben den eng spezialisierten Politiker- und Beamtentyp gezüchtet, dessen Blick ausschließlich auf seinen Fachbereich und nicht auf größere Zusammenhänge gerichtet ist. Andererseits erwartet der Wähler, der ratsuchende Bürger den „informierten“, „sachlich kompetenten“ kommunalen Mandatsträger, der bei der Lösung seiner Probleme hilft.

Die Einführung neuer Technologien in der Verwaltung stellt den ehrenamtlichen Ratsvertreter vor noch größere Probleme als bisher. (-/23.4.1987/rs/ks)

* * *

(Den abschließenden zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).